ANLAGE

Merkblatt zu den wesentlichen Neuerungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) aufgrund des Gesetzes zur Stärkung des fairen Wettbewerbs

Die nachfolgende Übersicht zu den wesentlichen Neuerungen, die das Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs für das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb mit sich bringt, gliedert sich in einen grafischen Teil in Form von Flow-Charts und einen Teil mit weitergehenden Erläuterungen zu den Änderungen und neuen Regelungen.

Der grafische Teil soll dazu dienen, die entscheidenden Änderungen in den jeweiligen Regelungen zu veranschaulichen und insbesondere die Unterschiede, die es für die anspruchsberechtigten Mitbewerber im Vergleich zu den qualifizierten Wirtschaftsverbänden zu beachten gilt, zu verdeutlichen. (Neuerungen sind hier in blauer Schrift hervorgehoben, Regelungen, die die ausschließlich Mitbewerber betreffen sind in grüner Schrift aufgeführt und die Besonderheiten die für die qualifizierten Wirtschaftsverbände gelten, sind in roter Schrift verdeutlicht.)

In dem nachfolgenden Erläuterungsteil werden insbesondere Informationen zu einzelnen Merkmalen der neuen Regelungen bereitgestellt und Hintergründe aus der Gesetzesbegründung zusammengefasst, wo dies für das nähere Verständnis und die praktische Arbeit sinnvoll ist.

Ausschluss der missbräuchlichen Geltendmachung

Außergerichtliche Geltendmachung / Abmahnung

Grundsatz (§ 8c UWG):
Verbot der missbräuchlichen Geltendmachung des Anspruchs!

Fälle mit Indizwirkung gemäß § 8c Abs. 2 UWG²:
 Eine missbräuchliche Geltendmachung ist im Zweifel anzunehmen, wenn

1. diese **vorwiegend dazu dient**
 - Anspruch auf **Aufwendungsersatz** ODER
 - Ersatz von Kosten der Rechtsverfolgung ODER
 - **Zahlungen von Vertragsstrafen entstehen zu lassen**
2. durch **Mitbewerber**:
 - Geltendmachung von **erheblichen Anzahl von Verstößen gegen die gleiche Rechtsvorschrift**, wenn Anzahl der geltend gemachten Verstöße **außer Verhältnis zum Umfang der eigenen Geschäftstätigkeit** ODER
 - wenn anzunehmen ist, dass **Mitbewerber das wirtschaftliche Risiko seines (außergerichtl. oder gerichtl.) Vorgehens nicht selbst trägt**
3. **Mitbewerber**:
 - hat **Gegenstandswert** für eine Abmahnung **unangemessen hoch angesetzt**
4. Forderung/Vereinbarung von **offensichtlich³ überhöhten Vertragsstrafen**
5. **vorgeschlagene Unterlassungsverpflichtung geht offensichtlich³ über die abgemahnte Rechtsverletzung hinaus**
6. einzelne Abmahnung von **mehreren Zuwiderhandlungen**, die **zusammen hätten abgemahnt werden können**
7. Zuwiderhandlung, für die **mehrere Zuwiderhandelnde verantwortlich sind, ohne sachlichen Grund nicht zusammen geltend gemacht**

Fälle mit Indizwirkung gemäß § 8c Abs. 2 UWG²:
 Eine missbräuchliche Geltendmachung ist im Zweifel anzunehmen, wenn

1. diese **vorwiegend dazu dient**
 - Anspruch auf **Aufwendungsersatz** ODER
 - Ersatz von Kosten der Rechtsverfolgung ODER
 - **Zahlungen von Vertragsstrafen entstehen zu lassen**
- 2.+3. **Nur für Mitbewerber**
4. Forderung/Vereinbarung von **offensichtlich³ überhöhten Vertragsstrafen**
5. **vorgeschlagene Unterlassungsverpflichtung geht offensichtlich³ über die abgemahnte Rechtsverletzung hinaus**
6. einzelne Abmahnung von **mehreren Zuwiderhandlungen**, die **zusammen hätten abgemahnt werden können**
7. Zuwiderhandlung, für die **mehrere Zuwiderhandelnde verantwortlich sind, ohne sachlichen Grund nicht zusammen geltend gemacht**

Abmahnung (§ 13 UWG)
 soll Schuldner Gelegenheit geben, Streit außergerichtlich beizulegen durch Abgabe Unterlassungserklärung mit angemessener Vertragsstrafe (Abs.1)

Außergerichtliche
Geltendmachung /
Abmahnung

Inhaltliche Anforderungen an die Abmahnung (§ 13 Abs. 2 UWG)

Klare und verständliche Angabe von:

1. Name und Firma des Abmahnenden (sowie eines etwaigen Vertreters)
2. Voraussetzungen der Anspruchsberechtigung nach § 8a Abs. 3 UWG
3. ob Geltendmachung eines Aufwendungsersatzanspruchs und in welcher Höhe und wie sich dieser berechnet
4. Rechtsverletzung unter Angabe der tatsächlichen Umstände
5. Ausschluss des Anspruchs auf Aufwendungsersatz in den Fällen des Abs. 4 (Mitbewerber)

Inhaltliche Anforderungen an die Abmahnung (§ 13 Abs. 2 UWG)

Klare und verständliche Angabe von:

1. Name und Firma des Abmahnenden (sowie eines etwaigen Vertreters)
2. Voraussetzungen der Anspruchsberechtigung nach § 8a Abs. 3 UWG
3. ob Geltendmachung eines Aufwendungsersatzanspruchs und in welcher Höhe und wie sich dieser berechnet
4. Rechtsverletzung unter Angabe der tatsächlichen Umstände
5. KEIN AUSSCHLUSS, da Ausschluss nur für Mitbewerber (§ 8 Abs. 3 Nr. 1)

Ausschluss des Anspruchs des Abmahnenden auf Aufwendungsersatz für Mitbewerber (§ 13 Abs. 4 UWG) bei

1. Verstößen gegen gesetzliche Informations- & Kennzeichnungspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr oder in Telemedien
2. sonstigen Verstößen gegen die DSGVO und das BDSG durch Unternehmen sowie gewerblich tätige Vereine, sofern sie in der Regel < 250 Mitarbeiter beschäftigen⁴

- bei unberechtigter Abmahnung ODER
 - bei nicht formal korrekter Abmahnung (gem. § 13 Abs. 2) ODER
 - Geltendmachung eines ausgeschlossenen Aufwendungsersatzanspruchs (entgegen § 13 Abs. 4)
- ⇒ Gegenanspruch des Abmahnungsgegners auf Ersatz der erforderlichen Rechtsverteidigungsaufwands (§ 13 Abs. 5 S. 1 UWG)
- ⇒ Begrenzt auf die Höhe des Aufwendungsersatzanspruchs, den der Abmahnende geltend macht! (§ 13 Abs. 5 S. 2 UWG)

- bei berechtigter Abmahnung ODER
 - bei formal korrekter Abmahnung (gem. § 13 Abs. 2)
- ⇒ Ersatzanspruch des Abmahnenden auf erforderl. Aufwendungen (§ 13 Abs. 3 UWG)

- bei unberechtigter Abmahnung ODER
 - bei nicht formal korrekter Abmahnung (gem. § 13 Abs. 2)
- ⇒ Gegenanspruch des Abmahnungsgegners auf Ersatz der erforderlichen Rechtsverteidigungsaufwands (§ 13 Abs. 5 S. 1 UWG)
- ⇒ Begrenzt auf die Höhe des Aufwendungsersatzanspruchs, den der Abmahnende geltend macht! (§ 13 Abs. 5 S. 2 UWG)

Vertragsstrafe

Ausschluss der Vereinbarung einer Vertragsstrafe für Mitbewerber (§ 13a Abs. 2 UWG):

- bei erstmaliger Abmahnung bei Verstößen nach § 13 Abs. 4 UWG (s.o.)
- wenn der Abgemahnte i.d.R. nur <100 Mitarbeiter beschäftigt.⁵

KEIN Ausschluss der Vereinbarung einer Vertragsstrafe

Wenn KEIN Ausschluss

Anforderungen an eine angemessene Vertragsstrafe (§ 13a Abs. 1 UWG):

Die Festlegung einer angemessenen Vertragsstrafe erfordert die Berücksichtigung von:

1. **Art, Ausmaß & Folgen** der Zuwiderhandlung
2. **Schuldhaftigkeit** der Zuwiderhandlung und **Schwere des Verschuldens** bei schuldhafter Zuwiderhandlung
3. **Größe, Marktstärke und Wettbewerbsfähigkeit** des Abgemahnten SOWIE
4. **wirtschaftliches Interesse** des Abgemahnten an erfolgten ODER zukünftigen Verstößen.

Begrenzung der Vertragsstrafe bei unerheblicher Beeinträchtigung (§ 13a Abs. 3 UWG)

Begrenzung der Höhe der **Vertragsstrafe** auf **max. 1.000 Euro**, wenn

- **Zuwiderhandlung angesichts Art, Ausmaß und Folgen** die Interessen von Verbrauchern, Mitbewerbern und sonstigen Marktteilnehmern **nur unerheblich beeinträchtigt** UND
- wenn der **Abgemahnte i.d.R. nur <100 Mitarbeiter** beschäftigt.

Folge unangemessen hoher Vertragsstrafe (§ 13a Abs. 4 UWG)

Verspricht der Abgemahnte auf **Verlangen des Abmahnenden** eine **unangemessen hohe Vertragsstrafe**, **schuldet** er lediglich eine **Vertragsstrafe in angemessener Höhe**.

Zustimmungsfreie Anrufung Einigungsstelle durch Abgemahnten (§ 13a Abs. 5 UWG)

- (**§ 13a Abs. 5 S. 1**) Bei **Uneinigkeit über die Angemessenheit der Höhe** einer nach sog. neuem Hamburger Brauch vereinbarten **Vertragsstrafe**, kann der Abgemahnte **auch ohne Zustimmung des Abmahnenden** die **Einigungsstelle** (§ 15 UWG) anrufen.
- (**§ 13a Abs. 5 S. 2**) **Das Gleiche gilt, wenn** der Abgemahnte **nach Abs. 4 nur** eine Vertragsstrafe in **angemessener Höhe** schuldet.
- (**§ 13a Abs. 5 S. 3**) e Die Anhängigkeit eines Verfahrens vor der Einigungsstelle, führt zur Unzulässigkeit der Erhebung einer Klage nach Anrufung der Einigungsstelle.

Gerichtliche
Geltendmachung /
Zuständigkeit

Sachliche Zuständigkeit des Gerichts (§ 14 Abs. 1 UWG)

Ausschließliche Zuständigkeit der **Landgerichte**

Örtliche Zuständigkeit des Gerichts (§ 14 Abs. 2 UWG)

- (§ 14 Abs. 2 S. 1) Zuständigkeit des Gerichts, in dessen Bezirk der **Beklagte** seinen **allgemeinen Gerichtsstand** hat.
- (§ 14 Abs. 2 S. 2) Ferner Zuständigkeit des Gerichts, in dessen Bezirk die **Zu widerhandlung begangen** wurde ("Fliegender Gerichtsstand"),
- (§ 14 Abs. 2 S. 3) **KEIN FLIEGENDER GERICHTSSTAND BEI**
 - Rechtsstreitigkeiten **wegen Zu widerhandlungen im elektronischen Geschäftsverkehr oder in Telemedien ODER**
 - Rechtsstreitigkeiten, die **von Berechtigten nach § 8 Abs. 3 Nr. 2 -4 UWG (qual. Wirtschaftsverbände, Kammern, qual. Einrichtungen)** zur Geltendmachung eines **Unterlassungsanspruchs** betrieben werden.
 - **ES SEI DENN**, der **Beklagte** hat im **Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand**.

Fußnoten

1. Anforderungen an die Eintragung als qualifizierter Wirtschaftsverband (§ 8a Abs. 3 Nr. 2 UWG)

- **Beratung und Information zu Fragen des lautereren Wettbewerbs:**

Nicht ausreichend ist lediglich die Veröffentlichung oder Bereitstellung von allgemeinen Informationen (auf der Website oder in Flyern oder Broschüren).

Erforderlich ist die konkrete Beratung zu wettbewerbsrechtlichen Fragen im Einzelfall!

- **Bestimmung der Mindestmitgliederzahl:**

Bei der Mitgliederzahl können auch mittelbare Mitgliedschaften über Verbände berücksichtigt werden.

- **Ausreichende personelle Ausstattung des Vereins:**

Eine ausreichende personelle Ausstattung ist anzunehmen, wenn der Verein Mitarbeiter beschäftigt, die die Qualifikation zur Information und Beratung im Lauterkeitsrecht besitzen und Verstöße rügen können.

- **Ausreichende finanziellen Ausstattung des Vereins:**

Das Vorhandensein einer ausreichenden finanziellen Ausstattung des Vereins ist anzunehmen, wenn mit den Mitteln die Aufgabenwahrnehmung des Vereins sichergestellt werden kann. Dazu gehört, lauterkeitsrechtliche Fragen auch gerichtlich über mehrere Instanzen zu klären. Der vereinnahmte Mitgliedsbeitrag muss so bemessen sein, dass er den Verband in die Lage versetzt, satzungsgemäß tätig zu sein. Eine kostenlose Mitgliedschaft kommt insoweit ebenso wenig in Betracht, wie ein derart niedrig bemessener Beitrag, der für die Finanzierung des Vereins unerheblich ist.

- **Einnahmen aus Abmahnungen und Vertragsstrafen nicht als Primärziel für die Durchsetzung von Ansprüchen:**

Die Finanzierung des Vereins darf nicht vorwiegend auf der Verfolgung von Lauterkeitsverstößen basieren. Allerdings ist die Verwendung von Einnahmen aus Abmahnungen und Vertragsstrafen zur Finanzierung des Vereins grds. zulässig, da durch die Rechtsverfolgung Kosten für Personal und Ausstattung entstehen.

- **Keine Zuwendungen aus Vereinsvermögen an die Mitglieder und keine unangemessene Begünstigung von für den Verein tätige Personen:**

Die Vorschrift führt nicht zu einem Verbot des entgeltlichen Tätigwerdens von Mitgliedern für den Verein. Die Organe des Vereins und für den Verein tätige Personen dürfen nur eine angemessene Vergütung für Ihre Tätigkeit erhalten. Die Angemessenheit bemisst sich nach der Qualifikation der Person sowie der Art und des Umfangs der Tätigkeit für den Verein.

2. Fallgruppen der missbräuchlichen Geltendmachung von Ansprüchen (§ 8c Abs. 2 UWG)

Um die praktische Handhabung im Umgang mit der Frage nach dem Vorliegen einer missbräuchlichen Geltendmachung von Ansprüchen zu erleichtern, wurden unter § 8c Abs. 2 UWG Fallgruppen näher konkretisiert, die ein Vorliegen von Missbrauch indizieren sollen. Durch die entsprechende Formulierung „ist im Zweifel anzunehmen“ wird klargestellt, dass eine umfassende Würdigung der Gesamtumstände vorzunehmen ist.

Es handelt sich nicht um eine Vermutung, die nach § 292 ZPO nur durch den Beweis des Gegenteils zu widerlegen ist. Das bedeutet vielmehr, dass der Abmahnende diese Indizien erschüttern kann.

3. Verwendung der Formulierung „offensichtlich“ Nrn. 4, 5 der Fallgruppen (§ 8c Abs. 2 Nr. 4, 5 UWG)

Das Wort „offensichtlich“ wurde statt der Formulierung „erheblich“ vorgesehen und soll verdeutlichen, dass nur eindeutige und ohne Weiteres erkennbare Fälle erfasst sein sollen, nicht jedoch Fallgestaltungen, bei denen bloße Flüchtigkeitsfehler unterlaufen sind oder bei denen sich die Forderung aus Sicht bei Geltendmachung des Anspruchs (ex ante) noch im üblichen Rahmen bewegte.

4. Ausschluss des Anspruchs auf Aufwendungsersatz für Mitbewerber als Abmahnende (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 UWG)

Der vorgesehene Ausschluss des Aufwendungsersatzes für die Abmahnung durch Mitbewerber wurde vorgesehen für Datenschutzverstöße von Unternehmen und gewerblich tätige Vereine, die in der Regel weniger als 250 Mitarbeiter beschäftigen. Die Ermittlung der konkreten Mitarbeiterzahl kann gemäß § 23 Abs. 1 S. 4 Kündigungsschutzgesetz erfolgen. Danach sind teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden mit 0,5 und nicht mehr als 30 Stunden mit 0,75 zu berücksichtigen.

5. Ausschluss der Vereinbarung einer Vertragsstrafe für Mitbewerber als Abmahnende (§ 13a Abs. 2 UWG)

In entsprechender Weise, wie im Rahmen des Ausschlusses auf Aufwendungsersatz für Mitbewerber als Abmahnende, wurde auch ein Ausschluss der Vereinbarung einer Vertragsstrafe für Mitbewerber vorgesehen.

So soll die Vereinbarung einer Vertragsstrafe ausgeschlossen sein bei erstmaliger Abmahnung von Verstößen gemäß § 13 Abs. 4 UWG, wenn der Abgemahnte in der Regel nur weniger als 100 Mitarbeiter beschäftigt.

Auch hier kann die Ermittlung der konkreten Mitarbeiterzahl kann gemäß § 23 Abs. 1 S. 4 Kündigungsschutzgesetz erfolgen. Danach sind teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden mit 0,5 und nicht mehr als 30 Stunden mit 0,75 zu berücksichtigen.